

Estland

Wim van Meurs

Die Wahl des altgedienten Diplomaten und Europapolitikers Toomas Hendrik Ilves zum Staatspräsidenten im September 2006 sowie die Parlamentswahlen im März 2007 kennzeichneten im zweiten Jahr als EU-Mitgliedstaat die politische Stabilität und Kontinuität. Grund für Aufregung waren in dieser Periode vor allem die Moskauer Provokationen bezüglich der Position der russisch sprechenden Minderheiten in Estland und im Falle der Entfernung des Tallinner Sowjetmahnmals die eskalierenden Krawalle im Lande selbst.

Innen- und Integrationspolitik

Die Wahl des Präsidenten geriet zum Politkrimi, als es Toomas Ilves am 29. August 2006 durch einen Boykott der Volksunion und der Zentrumspartei nicht gelang, die erforderliche Zweidrittel der Stimmen im Parlament auf sich zu vereinen, und sich der amtierende Präsident Arnold Rüütel daraufhin zu einer zweiten Amtszeit bereit erklärte.¹ Schlussendlich wurde Ilves erst im September von einem von der Verfassung vorgesehenen Wahlgremium, bestehend aus Parlament und den Regionalregierungen, gewählt.

Der amtierende Premierminister Andrus Ansip bildete nach dem Wahlsieg seiner Reformpartei am 4. März 2007 eine neue Regierung. Die Reformpartei gewann mit 27,8 Prozent der Stimmen knapp vor dem bisherigen Koalitionspartner der Zentrumspartei (26,1%). Die Reformpartei koalierte diesmal mit der konservativ-nationalistischen Pro Patria und Res Publica Union (PPRP) und der Sozialdemokratischen Partei (SD) und verfügt somit über eine stabile 62/101 Mehrheit im Riigikogu. In der russischsprachigen Provinz Ida-Viru war die Zentrumspartei Sieger mit 55,2 Prozent – vor der Reformpartei mit 15,4 Prozent, während die ethnische Russische Partei in Estland nicht mehr als 0,9 Prozent erreichte.²

Wirtschaft und Außenhandel

Die zweite Ansip-Regierung bestätigte den unternehmerfreundlichen Kurs und kündigte – bei einem Überschuss im Staatsbudget (3,8% des BSP) – eine Senkung der „flat tax“-Rate von derzeit 22 auf 18 Prozent (2011) an.³ Der Preis für die gigantischen 11,5 Prozent BSP-Wachstum ist die Gefahr der Überhitzung und eine Inflation um die 5 Prozent, die im Moment einer Euro-Einführung im Wege steht.⁴ Die Wachstumsprognosen der Nationalbank für 2007-2008 liegen bei 8,4 Prozent bzw. 6,5 Prozent. Ausländische Direktinvestitionen erreichten 2006 1,28 Millionen Euro, insbesondere aus Skandinavien, wobei sich fast 80 Prozent auf Tallin konzentrieren.⁵ Das durchschnittliche Monatseinkommen stieg 2006 um nicht weniger als 25 Prozent. Das Wachstum wird somit vor allem durch Binnennachfrage generiert, was Beginn 2007 zu einem wachsenden Außenhandelsdefizit führte. Der Außenhandel betrifft zu 80 Prozent andere EU-Mitgliedstaaten. Die Arbeitslosenquote ist auf

1 The Baltic Times, 28.08.2006.

2 Für die Wahlergebnisse, http://www.vvk.ee/r07/pveng_5010000.html.

3 Estonian Review, 13.06.2007, S. 6.

4 The Baltic Times, 20.06.2007.

5 Enterprise Estonia, Foreign Direct Investments (März 2007).

5,9 Prozent (2006) gesunken.⁶ Dementsprechend wächst der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften aus dem EU-Ausland. Die sozialwirtschaftlichen regionalen Disparitäten bleiben dagegen besonders ausgeprägt: Die Arbeitslosigkeit in der Industrieprovinz Ida-Viru oder der Agrarprovinz Jõgeva am Peipus-See (12-13%) ist dreimal höher als in Tallinn, das monatliche Pro-Kopf-Einkommen um bis zu 40 Prozent niedriger.⁷

Ähnlich wie vor zwei Jahre mit dem Öltransit durch Litauen droht Russland jetzt durch Ausbau der Frachthäfen bei St. Petersburg, Estland aus dem lukrativen Transithandel auszuschließen. Gleichzeitig wehrt Estland sich gegen die deutsch-russischen Pläne für die Gas-Pipeline „Northstream“, die die baltischen Staaten ebenfalls links liegen lässt.⁸

Außen- und Europapolitik

Die estnische Position zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, die besagt, dass sowohl Nazi-Deutschland als danach auch die Sowjetunion als „Besatzungsmächte“ und nicht als „Befreier“ zu betrachten seien, führte im Frühjahr zu einer unerwarteten Eskalation der Spannungen zwischen Tallinn und Moskau. Im Februar 2007 protestierte der Kreml gegen eine entsprechende estnische Gesetzesvorlage und warf dem Nachbarn „Glorifizierung der Waffen-SS“ vor.⁹ Auf ethnische Spannungen bedacht war bereits der neue Putin-treue Gouverneur von Kaliningrad Georgij Boos, als er Anfang 2006 seine strukturschwache Exklave als Zufluchtsort für Hunderttausende angeblich in Estland oder Lettland verfolgter Russen offerierte.¹⁰ Im Februar 2007 scheiterte ein Gesetzentwurf, der die Glorifizierung der Sowjetunion und deren Besetzung Estlands verbieten sollte, am Veto des Präsidenten. Der darauf folgende Beschluss der estnischen Regierung, das zentrale Mahnmahl für die Befreiung durch die Rote Armee in Tallinn von seinem Platz im Stadtzentrum zu entfernen und auf einen Militärfriedhof am Rande der Stadt zu verbringen, wurde zum Auslöser der Eskalation. Zum ersten Mal brachten die lautstarken Proteste aus Moskau in Tallinn eine größere Zahl Russischsprachiger auf die Beine, zumeist gewaltbereite Jugendliche. Die Krawalle in der Innenstadt in drei Nächten im April führten zu einem Toten, über Hundert Verletzten, über Tausend Festnahmen und zu hohen Sachschäden. Von russischer Seite wurden aus Protest die Öllieferungen sowie Zug- und Straßenverkehr unterbrochen, während mehrere Politiker den Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder den Rücktritt der estnischen Regierung forderten. Im Mai folgte ein massiver „Cyber-Angriff“ auf die Internet-Infrastruktur des Landes, hinter dem viele auch die Hand Moskaus zu erkennen meinten. Ebenfalls erkennbar waren die russischen Bemühungen, die EU in den Konflikt hineinzuziehen.¹¹ Brüssel und Berlin bemühten sich zu vermitteln, stellten sich aber in der Sache unzweideutig hinter Estland. Die Tatsache, dass Präsident Ilves im Juni 2007 zum zweiten Mal seit seinem Amtsantritt ins Weiße Haus eingeladen wurde, setzte ein gleich lautendes Zeichen.¹² Die Kranzniederlegung am neuen Ort durch den Premier am Russischen Siegestag war ein Zeichen der bilateralen und der gesellschaftlichen Versöhnung. Zugleich solidarisiert sich Estland auch mit den Kaukasusrepubliken. Estland beteiligt sich an Friedensmissionen, u.a. in Irak, Bosnien-Herzegowina und am ISAF in Afghanistan.

6 Estonian Economy 1-2, 3/2007.

7 Daten des Estnischen Statistikamtes: <http://www.stat.ee>.

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007.

9 RFE/RL Newline 229/13.12.2006.

10 RFE/RL Newline 1/05.01.2006).

11 Financial Times Deutschland, 14.05.2007; BBC, 27.04.2007.

12 Deutsche Welle, 02.05.2007; Eurasia Daily Monitor, 28.06.2007.